

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbungs-Abteilungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis: 10 Pf. — Anstalt: Nr. 23.

Angewandte die Anzeigen- und die Anwerbungs-Abteilungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis: 10 Pf. — Anstalt: Nr. 23.

Telegramm: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1900

Nr. 278

Sonnabend, den 29. November 1924

19. Jahrgang

Das Londoner Kompromiß.

Fortfall der Erhebung der 26 Prozent. — Zahlung einer Gesamtsumme über den Generalagenten.

Rascher Fortgang der Londoner Verhandlungen.

Berlin, 27. Nov. Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen haben nach den hier vorliegenden Berichten einen so schnellen Verlauf genommen, daß sie wahrscheinlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche schon abgeschlossen werden dürften. Ueber eine Reihe wichtiger Punkte ist eine Übereinstimmung erzielt worden, u. a. über die Tätigkeit deutscher Banken in England und über die gegenseitige Verständigung bei der Ausarbeitung der endgültigen Zolltarife. Dagegen ist nach hiesiger Auffassung im Gegensatz zu Londoner Meldungen die Frage der 26prozentigen Ausfuhrabgabe noch nicht endgültig geklärt. In dem Protokoll, das die Grundlage der augenblicklichen Londoner Besprechungen bildet, ist die 26prozentige Ausfuhrabgabe insofern nicht behandelt, als sich beide Parteien verpflichtet haben, die Weisbegünstigung nicht durch Sonderabgaben für den Handel illusorisch zu machen. Die deutsche Regierung hat aber bekanntlich nicht die Möglichkeit, auf Grund des Dawesgutachtens der englischen Regierung gegenüber die Berechtigung zur Erhebung der 26prozentigen Abgabe grundsätzlich zu bestreiten, was gegenüber Frankreich und den übrigen Entente-Mächten möglich ist. Es muß also in London in der Frage der 26prozentigen Abgabe ein Kompromiß gesucht werden, da trotz vertraglicher Zusicherung praktisch die Weisbegünstigung für Deutschland nicht gewährleistet wäre, wenn die Hemmungen bestehen blieben, die durch die Erhebung der 26prozentigen Abgabe eintreten. Man

nimmt hier aber an, daß das Kompromiß erst dann zustandekommen kann, wenn die Beratungen der Finanzminister der Entente über die Verteilung der Summen aus dem Dawesgutachten stattgefunden haben, und wenn das Transfer-Komitee grundsätzlich zur Frage der 26prozentigen Ausfuhrabgabe Stellung genommen hat. Wie schon angedeutet worden ist, ist ein Kompromiß zwischen Deutschland und England vorbereitet, das die Erhebung der 26prozentigen Abgabe bei der Einfuhr deutscher Waren in England in Fortfall bringen würde, wogegen England die Sicherheit gegeben würde, über den Transfer-Agenten hinweg in den Besitz der ihm heute direkt aus der Abgabe zullehrenden Summen zu gelangen.

London, 27. Nov. Wie Reuter erfährt, ist in den Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen England und Deutschland ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen. Die Hauptfrage sei allerdings die der 26prozentigen Reparationsabgabe bzw. deren Einziehungsmethoden. Wenn diese Frage geregelt wäre, seien übermäßig große Schwierigkeiten nicht weiter zu befürchten. Andere noch zu regelnde Fragen seien die Befreiung der Zulassungseinschränkung für deutsche Banken in England und die Beschäftigung deutscher Seeleute auf britischen Schiffen.

Paris, 27. Nov. Die für die Handelsvertragsverhandlungen delegierten deutschen Sachverständigen auf der Scherindustrie sind hier heute vormittag zum Teil eingetroffen. Sie hielten heute nachmittag eine Sitzung mit den französischen Sachverständigen ab.

Der Mittelstand vor der Entscheidung.

Aus Mittelstandskreisen wird uns geschrieben: Im bevorstehenden Wahlkampf geht es vor allem um die Frage, ob die seit einem Jahre mit Erfolg eingeleitete Politik der Ruhe und der beginnenden Ordnung aufrechterhalten und weitergeführt, oder ob eine Politik der Beunruhigung im Innern und nach Außen mit allen verheerenden Folgen für das Wirtschaftsleben Platz greifen soll. Die bisherige Regierung der Mitte hat Hand in Hand mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht als eines ihrer obersten Ziele die Wahrung und Gewährleistung der stabilen Währung und somit eines ehrlichen Geldes betrachtet. Es gibt kaum einen Berufszweig, der in so hohem Maße an einem gesunden Währung interessiert ist, wie gerade der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand. Ihm fehlen die Möglichkeiten der Devisenbeschaffung und der Wertsicherung, die während der Inflationzeit der Gewerbe- und Schwerindustrie, sowie dem Großhandel in ungleichem Maße zu Gebote standen. Jetzt, nachdem wir wieder eine gesunde Währung vor allem dank der klugen Politik des demokratischen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht haben, vermag der gewerbliche und der kaufmännische Mittelstand aufzuatmen. Viele Betriebe, die geschlossen werden mußten oder nur mühsam noch im Dasein fristen konnten, gehen jetzt wieder einem erneuten Aufschwung entgegen. Für das Handwerk und die kleine Kaufmannschaft ist es deshalb ein Gebot dringender Selbsthaltung, bei den bevorstehenden Wahlen nur für solche Parteien einzutreten, die die bisherige Politik der Mitte mit aller Entschiedenheit gefordert haben und ausdrücklich fortzusetzen gewillt sind.

Dazu kommt noch, daß die Parteien zur Rechten und zur Linken ihrer ganzen Art nach ungeeignet sind, die Lebensnotwendigkeiten des Mittelstandes zu vertreten. Auf der Rechten, insbesondere bei den Deutschnationalen, teilweise auch bei der Deutschen Volkspartei, befinden sich die Kreise der Schwer- und Großindustrie und des Großgrundbesitzes, die durch die Krise und Kartelle eine planmäßige Verteuerungspolitik treiben wollen, die die Existenz des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes zu bedrohen geeignet ist. Auf der anderen Seite stehen im sozialistischen Lager — von den Kommunisten ganz zu schweigen — die Anhänger der Sozialisierung und Kommunalisierung. Den beiden von rechts und links gegen den Mittelstand gerichteten Bestrebungen muß auf das tatkräftigste und entschiedenste entgegen getreten werden! Sonder- oder Splitterparteien, zu denen besonders auch die sogenannten „Wirtschaftspartei“ zu zählen ist, bleiben einflußlos.

Als Kernstück der bisherigen Politik der Mitte kommt im wesentlichen die Deutsche Demokratische Partei in Betracht, die auch bisher immer mit der größten Entschiedenheit für die Forderungen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes eingetreten ist. Es sei hier nur kurz an ein Beispiel der letzten Zeit erinnert, als es im Preussischen Landtag der demokratischen Fraktion gelang, bei der Gewerbesteuer die steuerliche Bewertung der Konsumverine und der ländlichen Genossenschaften im Interesse des selbständigen Mittelstandes gegen die Deutschnationalen zu verhindern.

Bezeichnend ist es, daß dieses Mal auf den demokratischen Listen eine bedeutende Anzahl hervorragender Vertreter des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes an den vorherigen Wahlen kandidiert. Es seien hier nur genannt: Ehrenobermeister Anshaus, der sich bereits als langjähriger Reichstagsabgeordneter in hervorragendem Maße um den Mittelstand verdient gemacht hat, dann der bewährte ostpreussische Handwerkerführer und frühere Abg. Klempnermeister Portschat-Rönigberg, ferner Malermeister Rönke-Berlin, Tischlerobermeister Emmeluth-Neukölln, Kaufmann Bühl-Hamburg, Malermeister Andreas-Nordhausen, Handwerkskammerpräsident Henno-Eßlingen, Gastwirt Boll-Frankfurt a. M., Genossenschaftsleiter Wiglow-Brandenburg und zahlreiche andere. Kluge und weisheitsvolle Angehörige des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes können nach alledem am 7. Dezember nur demokratisch (Liste 7) wählen.

Marx gegen die Wahlsplittterung.

Erfeld, 27. Nov. In einer Wählerversammlung der Zentrumspartei sprach heute Reichskammerer Dr. Marx in dem überfüllten Saal der Stadthalle. Er führte u. a. aus: Die große Zersplitterung des deutschen Volkes, die sich auch bei diesen Wahlen wieder zeigt, ist zu bebauern. Nicht weniger als 25 verschiedene Listen sind für das Reich und 29 für Preußen eingereicht. Auf diese Weise bringen sich viele Millionen von Wählern selbst um jeglichen politischen Einfluß. Politische Parteien können nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebildet werden. Sonst ist der Kampf alles gegen alle

Eine „Verschwörung“ in Ägypten.

Der englische Vorwand für das militärische Vorgehen.

Die Engländer verhaften ägyptische Führer. Nach einer Neuauflage aus Kairo verhaftete die britische Militärbehörde den früheren Unterstaatssekretär des Innern Abdel Rahmann Bey Fahmi, der im Jahre 1921 in Verbindung mit einer Verschwörung gefangen gesetzt worden war und später, als Jagul Pascha zur Macht gelangte, wieder freigelassen worden war. Verhaftet wurde ferner Mafran Ebed, ein hervorragendes Mitglied der koptischen Bewegung, der Jagul Pascha kürzlich auf seiner Londoner Reise begleitet hatte. Die Verhafteten wurden in ihren Betten überrascht. Wohin sie gebracht wurden, ist nicht bekannt.

London, 27. Nov. Wie das Reuterbüro aus Kairo erfährt, sind die dortigen Verhaftungen durch die den britischen Beamten drohende Gefahr notwendig geworden.

In wohlunterrichteten Kreisen herrscht kein Zweifel, daß eine ausgedehnte Verschwörung besteht. Die Ermordung des Sirdar wird nun als Einzelsatz einer Reihe von geplanten Verbrechen betrachtet. Die Vorforschungsregeln werden aufrechterhalten werden, bis die Gefahr beseitigt ist. Gewisse, der Polizei bekannte Personen wurden verhaftet.

König Fuad beschließt den Rückzug aus dem Sudan.

Chartum, 27. November. König Fuad gab dem Kriegsminister und den ägyptischen Offizieren und Mannschaften den Befehl, sich den Anordnungen des stellvertretenden Generalgouverneurs zu fügen und aus dem Subangebiet abzurufen. Die zurzeit dort befindlichen ägyptischen Truppen werden wahrscheinlich am 30. d. M. abziehen. (WZB.)

Ginaer der Mörder des Sirdar erkannt.

Sonbon, 27. November. Die „Times“ meldet aus Kairo, der bei dem Attentat auf den Sirdar verwundete Polizist habe in einem der Verhafteten einen der Mörder erkannt.

Ausgleich der englisch-russischen Spannung?

Moskau, 27. Nov. Nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur hielt der Präsident des Rates der Volkskommisarsare Rykoff gestern auf dem Kongress der Textilarbeiter eine Rede, in der er auf die außenpolitische Lage zu sprechen kam. Zur Ratifizierung des englisch-russischen Vertrages erklärte Rykoff, daß an diesem Vertrage nicht nur Rußland, sondern auch England interessiert sei; die Sowjetregierung habe MacDonald gewisse Zugeständnisse gemacht, so daß die Verantwortung für den Abbruch allein auf die englische Regierung falle. Die gegenseitigen Interessen forderten jedoch gebieterisch den Zwischenfall zu liquidieren und zu normalen gegenseitigen Beziehungen zu gelangen.

Im Zeppelin zum Nordpol.

Die Fahrt der Wissenschaftler 1927.

Kopenhagen, 27. Nov. Gestern abend hielt der deutsche Luftschiffführer Bruns in der Norwegischen Geographischen Gesellschaft in Christiania seinen angekündigten Vortrag über die von ihm geplante Nordpol-Expedition. Das Luftschiff müsse 160 000 Kubikmeter fassen und vier große Motoren haben, also von größeren Dimensionen sein als der J. R. S. Die Expedition soll von Hammerfest in Norwegen, oder besser noch von Murman gehen, welsch letzterer Ausgangspunkt wegen der Eisenbahnlinie vorzuziehen sei. Am Ausgangspunkt müsse ein 20 Meter hoher verankerter eiserner Mast errichtet werden. Die Fahrt würde Ende April oder Anfang Mai 1927 stattfinden können und folgende Punkte berühren: Franz-Josef-Land, den Nordpol, Kap Barrow, Amagur sowie die sibirischen Eismassen, die man in 200 Meter Höhe mit zwei photographischen Kameras modernsten Typs auf der Karte verzeichnen würde. Entziel sei Murman. Insgesamt betrage die zurückzulegende Strecke 8000 Kilometer. Der Zeppelin soll 50 Mann Besatzung haben und eine Tragfähigkeit von 12 000 Kilogramm. Seine Geschwindigkeit soll 120 Kilometer in der Stunde betragen. Der mitzunehmende Brennstoff soll jeden Motor 100 Stunden treiben können. Die Expedition ist weder als deutsche, noch als norwegische gedacht, sondern soll unter Mitwirkung aller Wissenschaftler Europas stattfinden.

Die Amerikaner der Führung des J. R. S. nicht gewachsen.

Berlin, 27. Nov. Die Berichte über die Tausch des J. R. S. wären nicht vollständig, wenn man nicht hinzufüge, daß sowohl die Landung des Luftschiffes auf dem Flugfeld in Washington, als auch bei der Rückkehr nach Lakehurst nicht ganz programmäßig verlief. In Washington dauerte es über 1 1/2 Stunden, in Lakehurst mehr als 2 Stunden, bis das Schiff anker konnte. Die Verabgung wurde besonders peinlich empfunden wegen der Ehrengäste und zahlreicher Zuschauer, vor denen sich nicht verhehlen ließ, daß irgend etwas nicht stimmte und daß die jetzige amerikanische Leistung nicht imstande war, den Auftrieb zu so bändigen, wie es die deutsche Leistung getan hatte. In beiden Fällen ging die Landung nur durch Ablassen nicht unbeträchtlicher Mengen des luftspieligen Heliumgases vor sich. Der erste Versuch scheint demnach die Möglichkeit der Befestigung Dr. Schenck zu erweisen, daß auf die Dauer mit Helium keine praktischen Erfolge zu erzielen seien, wenn wohl die Schwierigkeiten der Landung auch auf die Ungeschicklichkeit der amerikanischen Führung mit zurückzuführen sind.

eise
nd 2,95
4,35
1,35
1,05
10
58
2,35
95
35
3,50
10
90
90
95
950
21
t t
ste
wig)
1.
ger
r. 27
illerte
e und
turen
führung
kliche
elwaren
KKA
24.
rmittag.
en.
arkt
3
York.
en lat
pen-
Reit-
asene.
bung